**AN DAS MINISTERIUM**

**FÜR ÖKOLOGISCHEN ÜBERGANG UND DEMOGRAPHISCHE HERAUSFORDERUNG (MITECO)**

Herr/ Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ mit Ausweisnummer (DNI) \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ und Postanschrift für Benachrichtigungszwecke in \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ (Ort), \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Straße), \_\_\_\_ (Hausnummer) \_\_\_\_\_\_ (PLZ) und Katasterreferenz \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, in eigenem Namen handelnd.

Ich nehme hiermit Stellung zur Ankündigung von MITECO, die am 3. Februar 2021 auf seiner Webseite veröffentlicht wurde. Es wird damit eine Kosultationsphase zum vorgelegten Plan zum Schutz des Ebrodeltas eingeleitet. Bezugnehmend auf das von CEDEX unter der Leitung des Umweltamts für Küste u. Meer und des Umweltamts für Gewässer (Generaldirektionen) erstellte Dokument erhebe ich folgende:

**EINWÄNDE (ALEGACIONES)**

Der vorgelegte Plan muss zurückgezogen werden, da eine der vorgeschlagenen Hauptmaßnahmen die Schaffung eines Schutzstreifens wäre, der den öffentlichen Zugang zur Küste garantieren soll. Dieser Streifen würde private Gebiete durchqueren, in denen sich heute Wohnhäuser, Gebäude, wirtschaftliche und soziale Einrichtungen oder Grundstücke mit touristischem Potenzial befinden, die alle schutzwürdig sind.

Der Plan, einen Teil der Küste dem Meer zu überlassen und letztendlich den Verlust der produktiven Nutzung des affektierten Landes in Kauf zu nehmen, ist unrechtmäßig und steht im genauen Gegensatz zu den politischen Richtlinien bezüglich der Anpassung an den Klimawandel. Die Auswahl dieser Option zur Anpassung ist im Übrigen voreilig, da der Plan nicht nur keine anderen Alternativen bewertet, sondern auch die mangelnde Genauigkeit der durchgeführten Berechnungen einräumt. Und sogar die Betroffenen werden außer Acht gelassen, da der Plan sich nicht einmal damit aufhält, die zum Verschwinden verurteilten Nutzungen zu beschreiben.

Der Plan ist rechtswidrig, weil er die natürliche Verschlechterung eines Gebiets zu fördern scheint, mit dem Ziel, die Grundstücke durch entweder Abgrenzungen oder Enteignungen zu Staatseigentum zu machen. Beide Vorgehensweisen (Abgrenzung und Enteignung) lassen sich aus eindeutig Gründen anzweifeln: zum einen ist es fraglich, ob die geplanten Grenzen mit dem derzeitigen Küstengesetz im Einklang stehen – zum anderen gibt es, was die Enteignungen betrifft, zum unbedingt nötigen gemeinwirschaftlichen Grund bislang nur nicht ausreichend verifizierte Vermutungen, die eine Enteignung nicht rechtfertigen können. Beim Lesen des Plans wird darauf hingewiesen, dass dieser von nicht in der Region ansässigen Technikern verfasst wurde. Sie verfügen über keinerlei Kenntnisse bzgl. der Besitzverhältnisse und der wirtschaflichen Aktivitäten der hiesigen Anwohner.

Des weiteren widerspricht der Plan den wahren Richtlinien zur Anpassung an den Klimawandel, wonach menschliche Aktivitäten nicht auszuschließen, sondern zu schützen sind. Aus dieser Perspektive widerspricht der Plan einer nachhaltigen Entwicklung, welche - als Ausdruck des sozial- und wirtschaftspolitischen Leitprinzip (verankert in Artikel 45 der spanischen Verfassung: rationale Nutzung der natürlichen Ressourcen) - als rechtsverbindlich gilt. Die Eigentümer im Delta teilen die Dringlichkeit, weiterhin Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu ergreifen, können jedoch nicht der Tatsache zustimmen, dass eine vorgebliche Schutzanforderung mit möglichem, keinesfalls sicherem Ergebnis für die Behörden zur einzigen treibenden Kraft wird und keine Rücksicht auf den Privatbesitz nimmt.

Für diejenigen von uns, die hier leben, wird die Nachhaltigkeit des Deltas nicht durch einen Plan erreicht, der die Eingliederung neuer Grundstücke in den öffentlichen Raum fördert. Statt dessen sollten die Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels den Schutz und die Anpassung von Privathäusern auf urbanem Gelände in Riumar, sowie der anderen Gebäude oder Grundstücke mit touristischem Potenzial in der Gemeinde, ermöglichen. Der vorgelegte Plan sieht Eigentumsverlust aufgrund einer natürlichen Verschlechterung des Bodens vor, da die langfristigen Vorhersagen zur Küstenerosion einfach so hingenommen werden. Diese politische Option wurde mit schwerwiegender Verantwortungslosigkeit zu Grunde gelegt, da dem Plan jede wirtschaftliche Analyse fehlt. Vor allem jedoch steht er im Widerspruch zu den Vorschlägen der wissenschaftlichen Gemeinschaft, welche diejenigen Maßnahmen priorisieren, die die Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels verringern und die Aufrechterhaltung so vieler individueller menschlicher Aktivitäten wie möglich gewährleisten.

Das Vorsorgeprinzip kann nicht darin bestehen, die möglichen wirtschaftlichen Schäden im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu antizipieren. Aber der vorgelegte Plan geht genau in diese Richtung. Ohne ausreichende Überlegungen und mit Blick auf die erwarteten Auswirkungen entscheidet man sich vorzeitig für den Verlust des Eigentums an Häusern auf städtischen Grundstücken oder Gebäuden auf rustikalen Grundstücken, welche doch ursprünglich mit der Zustimmung aller Verwaltungen errichtet wurden. Selbst im pessimistischsten Szenarium kann Anpassung an den Klimawandel nicht einfach Zerstörung bedeuten.

Wir sind hier mit einer Situation absoluter Diskriminierung und mangelnder Rechtssicherheit konfrontiert. Darüber hinaus ist es sehr bedauerlich, dass der Taula de Consens del Delta (Konsenztisch des Deltas), trotz seiner territorialen Legitimität und seines wiederholten Insistierens auf einer aktiven Teilnahme, bei der Ausarbeitung der Strategie des Ministeriums nicht mit einbezogen wurde. Wie aus dem vor Ort im Delta ausgearbeiteten Delta-Plan hervorgeht, gibt es wirksame Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber der Nutzung zu erhöhen. Gleichzeitig werden hier Strategien aufgezeigt, die die Verwundbarkeit des Deltas und die Risiken für die Bevölkerung und deren Eigentum berücksichtigen.

Daher bin ich als Eigentümer direkt gegen diesen Plan und jeden anderen, der die Bewohner und die gegenwärtigen Nutzungen des Territoriums nicht respektiert.

Aus all diesen Gründen

**BEANTRAGE** ich, nachdem ich hier meine Beobachtungen und Einwände zum *Plan für den Schutz des Ebrodeltas* vorgebracht habe, dass dieser nicht umgesetzt wird. Bitte ziehen Sie die Maßnahme zur Schaffung eines Schutzstreifens, der durch private Grundstücke im Ortsgebiet, als auch durch Gelände und Gebäude mit touristischem Potenzial verlaufen würde, zurück und erarbeiten Sie in Coordination mit dem Konsenztisch des Deltas (Taula de Consens del Delta) einen neuen Plan, welcher Maßnahmen zum Schutz des urbanen Bodens, des Privateigentums und somit der lebensnotwendigen wirtschaftlichen Aktivitäten beinhaltet.

Unterzeichnet.

Deltebre (Delta de l'Ebre), \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ 2021